

# PROTOKOLL

*Tagung des Fachbereiches "Erziehungshilfe" am 07.10.2008*

Termin: 07.10.2008, 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr  
Ort: Freizeitheim Ricklingen  
Ricklinger Stadtweg 1, 30459 Hannover  
TeilnehmerInnen: s. Teilnehmerliste

## TOP 1: **Begrüßung und Berichte aus den Mitgliedsorganisationen**

Herr Wendland-Kanert begrüßt die TeilnehmerInnen und insbesondere Herrn Famulla und Frau Eckhardt sowie Frau Wagner vom Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, Fachgruppe Kinder, Jugend und Familie.

Er informiert darüber, dass er zum 01.10.2008 zum VSE in Dortmund gewechselt sei und sich daher nicht mehr zur heute stattfindenden Wahl zum SprecherInnenremium des Fachbereiches "Erziehungshilfe" zur Verfügung stellen werde.

Herr Wendland-Kanert dankt den Mitgliedern des Fachbereiches für die gute und vertrauensvolle langjährige Zusammenarbeit und die vielfältige Unterstützung.

Herr Dickfeld begrüßt ebenfalls die TeilnehmerInnen, dankt Herrn Wendland-Kanert und bittet Herrn Famulla um sein Wort, der Herrn Wendland-Kanert für seine engagierte und mehrjährige Arbeit im und für den Paritätischen Niedersachsen e. V. seinen herzlichen Dank ausspricht. Aufgrund seines Engagements zeichnet Herr Famulla Herrn Wendland-Kanert mit dem Ehrenzeichen des Paritätischen Niedersachsen e. V. aus.

Die Berichte aus den Mitgliedsorganisationen werden aus Zeitgründen im Anschluss an die Mittagspause verlegt.

## TOP 2: **Vorstellung KandidatInnen zur Verbandsratswahl am 08.11.2008**

Herr Wendland-Kanert informiert über Aufgaben und Funktionen des Verbandsrates und fragt, ob sich KandidatInnen dem Fachbereich vorstellen möchten.

Herr Kupper (Geschäftsführer im Albert-Schweitzer-Familienwerk, Uslar) stellt sich als Kandidat vor. Er führt aus, dass er vom Fachbereich "Pflege" als Kandidat vorgeschlagen worden sei, er aber im Falle seiner Wahl insbesondere auch die Interessen der Jugendhilfe in die Arbeit des Verbandsrates einbringen würde. Insgesamt würde er u. a. an der Formulierung sozialpolitischer Grundsätze des Verbandes und einer konstruktiv-kritischen Positionierung zu sozialpolitischen Themen mitwirken wollen.

Herr Famulla berichtet, dass der jetzige Verbandsrat voraussichtlich am 17.10.2008 über seine Nachfolge befinden werde. Zur Wahl stehen noch drei Kandidaten, die aus einem Pool von rd. 70 Bewerbern in einem mehrstufigen Verfahren ausgewählt worden sind.

Er berichtet weiter über die bevorstehende Mitgliederversammlung am 08.11.2008 und lädt alle Anwesenden herzlich zur Teilnahme ein. Herr Famulla hebt vor, dass der Mitgliederversammlung besondere Bedeutung zukomme, da der neue Verbandsrat gewählt, sein Nachfolger

vorgestellt, über das neue Erscheinungsbild des Verbandes abgestimmt und mit dem Musik-Zentrum Hannover das 777. Mitglied des Paritätischen Niedersachsen e. V. präsentiert werde. Er informiert, dass das MusikZentrum Kooperationspartner des Paritätischen Niedersachsen e. V. bei Umsetzung des Projektes "Musik-in-Liner" sei und ein in der Projektaufbauphase entstandenes Musikstück bei der Mitgliederversammlung zu hören sein werde. Das von der ARD-Fernsehlotterie geförderte Projekt " Musik-in-Liner " des Paritätischen Niedersachsen umfasst den Aus- und Umbau eines Omnibusses zu einem "rollenden Musikstudio", das ab November 2008 mit musikpädagogischen Projekten und unter Anleitung von geschulten Fachkräften in benachteiligten Sozialräumen in Niedersachsen zum Einsatz kommen wird.

### TOP 3: **Entwicklungen im Bereich freiheitsbeschränkender/freiheitsentziehender Maßnahmen in der Jugendhilfe in Niedersachsen**

Frau Haake-Schneider führt in das Thema ein und weist darauf hin, dass Ausgangspunkt für den heutigen Austausch u. a. die Diskussionen im Fachbereich zum Umgang mit "besonders schwierigen Kindern und Jugendlichen" und Gespräche mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kinderkrankenhaus auf der Bult gewesen seien. Sie dankt Frau Wagner, dass sie sich für den heutigen Fachaustausch zur Verfügung stelle.

Frau Wagner informiert zunächst darüber, dass

- es in Niedersachsen derzeit keine Betriebserlaubnis für eine Einrichtung mit "geschlossener Unterbringung" gebe.
- eine Trägerschaft des Landes für eine entsprechende Einrichtung nicht zur Diskussion stehe.
- nach einem Kabinettsbeschluss im Jahr 2006 das Sozialministerium, das Innenministerium und das Justizministerium die Kooperation mit norddeutschen Bundesländern im Umgang mit hochdelinquenten Kindern geprüft haben.
- sich aus der Überprüfung der Kooperation eine Zusammenarbeit mit der Hansestadt Hamburg entwickelt habe, bei der eine Belegung der Einrichtung "Feuerbergstraße" mit hochdelinquenten Kindern/Jugendlichen aus Niedersachsen und im Gegenzug die Schaffung einer fakultativ geschlossenen Einrichtung für Kinder/Jugendliche im Grenzbereich zur Psychiatrie in Niedersachsen abgestimmt worden sei.
- die Schließung der Einrichtung "Feuerbergstraße" aufgrund der bekannten Kritik erfolgen werde und nach ihrer Kenntnis aktuell drei Kinder/Jugendliche aus Niedersachsen in der „Feuerbergstraße“ untergebracht seien.
- lt. Koalitionsvertrag der Regierungskoalition für die Zeit 2008 bis 2013 die geschlossene Heimunterbringung mit erzieherischen und therapeutischen Konzepten für hochgradig gefährdete und kriminelle Kinder und Jugendliche auch in Niedersachsen ermöglicht werden solle.
- über die Einrichtung fakultativ geschlossener Plätze in Niedersachsen derzeit mit verschiedenen freien Trägern Gespräche geführt würden.
- die Öffentlichkeit, wie das Beispiel Hohegeiß im Harz gezeigt habe, sehr für das Thema sensibilisiert sei und mit Widerständen bei Gründung entsprechender Einrichtungen gerechnet werden müsse.
- die Rolle der Heimaufsicht insbesondere auch darin bestehe, Mindestvoraussetzungen und fachliche Standards für den Betrieb der geplanten geschlossenen Einrichtungen in Niedersachsen zu definieren.
- es eine Umfrage unter den niedersächsischen Jugendämtern zu dem Thema gegeben habe. (Anmerkung: Nach Rücksprache mit Frau Wagner können die von ihr vorgestellten Ergebnisse ggf. dem Paritätischen zur Verfügung gestellt werden. Sollte dieses möglich sein, werden sie umgehend an den Fachbereich weitergeleitet.)
- sich unter [www.geschlossene-heime.de](http://www.geschlossene-heime.de) 14 Einrichtungen mit geschlossener Unterbringung aus dem Bundesgebiet präsentieren.

Frau Haake-Schneider dankt Frau Wagner für ihre Ausführungen und leitet zu den Nachfragen über.

Herr Brandt erkundigt sich nach der Rolle von Auslandsprojekten, die er oftmals als reine "Erziehungscamps" wahrnehme. Frau Wagner berichtet, dass es in Niedersachsen einen Arbeitskreis "Auslandsprojekte" unter Geschäftsführung des Landesamtes gebe, in dem sich Träger entsprechender Projekte - insbesondere zur Qualitätssicherung von Maßnahmen im Ausland - vernetzt haben.

Herr Dickfeld fragt nach der genauen Zielgruppe sowie der diskutierten Platzzahl der geplanten Einrichtung fakultativ geschlossener Unterbringung in Niedersachsen. Als Zielgruppe sind lt. Frau Wagner hoch delinquente und psychisch auffällige Kinder/Jugendliche im Gespräch, wobei hinsichtlich der Zielgruppe und deren Zuweisung in entsprechende Maßnahmen unterschiedliche Sichtweisen der beteiligten Ministerien bestehen würden. Hinsichtlich des Platzzahlvolumens wurde derzeit von einer Zahl zwischen sechs bis acht Plätzen ausgegangen.

Zur Frage sog. "Time-Out-Räume" führt Frau Wagner aus, dass einige Einrichtungen diese in ihren Konzeptionen ausweisen würden und hier jenseits pädagogischer Fragestellungen ein Spannungsfeld im Hinblick auf die richterliche Genehmigungspflicht der Nutzung entsprechender Instrumente bestünde. So gäbe es in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Gerichten sowohl "Time-Out-Räume", deren Nutzung ohne richterliche Genehmigung möglich sei, als auch solche, bei denen diese zwingend vorgesehen ist. Das hänge von der konzeptionellen Ausrichtung und der Einschätzung der zuständigen Gerichte ab. So oder so müsste bei entsprechenden Instrumenten genau definiert sein, unter welche Voraussetzungen eine Nutzung erfolgen solle. Nutzungen von "Time-Out-Räumen" dürfen außerdem kein Regelinstrument sein, nur kurzfristig erfolgen und genau sowie transparent dokumentiert werden.

Frau Dehning und Frau Lindner kritisieren den Begriff "Time-Out-Raum" als verharmlosend für die dahinterstehende Maßnahme. Frau Lindner sieht in entsprechenden Ansätzen eine Ohnmachtserklärung der Jugendhilfe und plädiert dafür, den Blick auf die betroffenen Jugendlichen mit ihren biografischen Brüchen nicht zu verlieren. Sie spricht sich dafür aus, eher in die vorhandenen Strukturen zu investieren als auf freiheitsentziehende Maßnahmen zu setzen.

Hinsichtlich einer Frau Wagner im Vorfeld zugegangenen schriftlichen Anfrage zur Entscheidungsbefugnis von Trägern/Mitarbeitern zur Initiierung von Einweisungen in eine Kinder- und Jugendpsychiatrie auf Grundlage von § 1688 BGB (Entscheidungsbefugnisse der Pflegeperson) i. V. mit 1629 Abs. 1 Satz 4 BGB (Vertretung des Kindes) verleiht sie eine Einschätzung von Frau Walker, Juristin im Nds. Landesamt. (Anmerkung: Sollte Frau Walker zustimmen, wird die verletzte Stellungnahme dem Paritätischen Niedersachsen zur Verfügung gestellt und durch den Fachberater an den Fachbereich versandt.)

Herr Schmidt weist auf seinen Beitrag "Professionelle Patenschaften ..." in der Zeitschrift Dialog Erziehungshilfe (1/2008) hin und erläutert seinen dort vorgestellten Ansatz, bei dem als Alternative zu freiheitsentziehenden Maßnahmen jungen Menschen stabile Bezugspersonen zur Seite gestellt werden sollen. Der Beitrag lag als Tischvorlage aus.

Frau Benda begrüßt den Ansatz von Herrn Schmidt und bemängelt im Umgang mit "besonders schwierigen Kindern/Jugendlichen", dass wissenschaftliche Untersuchungen zu den verschiedenen Ansätzen der Jugendhilfe und damit auch das Wissen für bedarfsgerechte und maßgeschneiderte Hilfen fehlen würde. Außerdem sehe sie das Problem, dass die derzeitige Ausbildung der zukünftigen Fachkräfte nicht hinreichend für die anspruchsvolle Arbeit im Bereich der Jugendhilfe qualifiziere. Dieses habe sich mit der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse verschärft.

Herr Bangen sieht auch das Problem fehlender Forschung im Bereich der Jugendhilfe und zudem eine im Vergleich mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie unzureichende finanzielle Ausstattung der Jugendhilfe im Umgang mit den "besonders schwierigen Kindern/Jugendlichen".

Herr Schmidt problematisiert grundsätzlich, ob Maßnahmen der geschlossenen Unterbringung überhaupt verfassungsrechtlich zulässig seien und nicht zudem das Recht von Kindern/Jugendlichen auf eine gewaltfreie Erziehung verletzen würden. Er macht außerdem darauf aufmerksam, dass bei geschlossener Unterbringung das Risiko bei Entweichungen vor allem die betroffenen Kinder/Jugendliche selber sowie die Träger entsprechender Einrichtungen und weniger die belegenden Jugendämter tragen würden.

Frau Wagner weist auf die Publikation "Pädagogik und Zwang" des Landesverbandes Rheinland hin. Diese kann von der Internetseite des Landesverbandes unter [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de) heruntergeladen werden.

Außerdem informiert sie darüber, dass der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg Mindestvoraussetzungen für die Betriebserlaubnis von freiheitsentziehenden Angeboten in der Jugendhilfe definiert habe. Der Kommunalverband ist unter folgender Internetadresse zu erreichen: [www.kvjs.de](http://www.kvjs.de).

Herr Dickfeld dankt Frau Wagner für den äußerst informativen Austausch und schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis auf die sozialen Bedingungen des Aufwachsens, die bei einer Betrachtung des Themas als ein wesentlicher Entstehungshintergrund für die problematischen Verhaltensweisen junger Menschen nicht aus den Augen gelassen werden dürften.

#### TOP 4: **Berichte aus den Mitgliedsorganisationen**

Herr Wendland-Kantert ruft den Tagesordnungspunkt "Berichte aus den Mitgliedsorganisationen" auf, der aus zeitlichen Gründen im Anschluss an das Gespräch mit Frau Wagner verlegt worden ist.

Herr Lampe fragt nach dem Umgang des Paritätischen Niedersachsen und betroffener Träger mit der aktuellen Diskussion um die Rolle der Heimerziehung in den 1950er/1960er Jahren und problematisiert mögliche Auswirkungen auf das Bild heutiger Heimerziehung.

Herr Dickfeld berichtet, dass im Paritätischen Niedersachsen rd. zehn Mitgliedsorganisationen in der betreffenden Zeit tätig gewesen sind und einzelne Rücksprachen ergäben hätten, dass auf mögliche Anfragen oder Problemanzeigen im Einzelfall reagiert werden sollte.

Frau Eckhardt ergänzt, man sei im Landesverband zur Einschätzung gekommen, dass öffentliche Problematisierungen zum jetzigen Zeitpunkt wenig hilfreich seien und eine anlassbezogene Reaktion als zielführender erachtet werde.

Frau Haake-Schneider begrüßt die derzeitige Diskussion und schlägt mit Blick auf die heutige Zeit vor, ggf. die Einrichtung einer Beschwerdestelle für betreute junge Menschen und deren Eltern zu erörtern.

Zur Vermeidung von Unzufriedenheit und Ungerechtigkeiten sieht Herr Lampe eine herausragende Bedeutung bei den Beteiligungsrechten, die junge Menschen in Einrichtungen der Jugendhilfe hätten. Hier würde er perspektivisch auch einen Austausch im Fachbereich über die Regelungen von Beteiligungsrechten begrüßen.

Herr Wendland-Kantert unterstreicht ebenfalls die Bedeutung von Beteiligungsrechten und Herr Engel sieht diese als wichtigen Teil im Rahmen eines umfassenden Qualitätsmanagements an.

Frau Eckhardt plädiert dafür, sich den gen. Themen vor dem Hintergrund der Geschichte und aktueller Herausforderungen der Heimerziehung im Fachbereich zu stellen.

Es besteht Einigkeit, dass das zukünftige SprecherInnenngremium Überlegungen zum Umgang mit den Themen anstellt und in den Fachbereich einbringt.

Herr Bangen problematisiert, dass sich das Belegungsverhalten der Jugendämter dahingehend geändert habe, dass zunehmend kurzfristige Aufnahmeanfragen ohne anschließende Belegung und Rücknahme der Anfrage erfolgen würden. Dieses führe zu Planungsunsicherheiten bei den Trägern und einen nicht unerheblichen Mehraufwand. Die Ursache für diese offensichtlich unkoordinierten Anfragen sähe er u. a. in den öffentlichen Diskussionen um Kindesfrühgefährdungen.

Herr Dickfeld sieht hier die Jugendämter in der Pflicht, insbesondere auch aus fachlichen Gründen die Qualität ihrer Belegungssteuerung bzw. der Eingangsqualität zu erhöhen und erkundigt sich, ob andere Träger ähnliche Erfahrungen machen würden.

Herr Lampe bestätigt ähnliches Verhalten des Jugendamtes in Braunschweig und ergänzt, dass er verbindliche Rückmeldungen auf Belegungsanfragen in angemessener Zeit anfordere, um Planungssicherheit zu haben.

Frau Haake-Schneider berichtet, dass im Rahmen des Kontraktes über die Erringung ambulanter erzieherischer Hilfen in der Landeshauptstadt Hannover u. a. auch Fragen der zu gewährleisteten Ergebnisqualität vereinbart seien. Eine angemessene Ergebnisqualität sollte von jedem belegenden Jugendamt eingefordert werden.

Herr Lampe spricht das Problem der unzureichenden Refinanzierung der Teilnahme an Hilfeplangesprächen durch Fachleistungsstunden an und bemängelt, dass in Braunschweig für die Teilnahme an diesem wesentlichen Instrument der Hilfestellung keine Fachleistungsstunden abgerechnet werden könnten, da diese lt. dem angewandten AFET-Berechnungsmodells bereits als "fallübergreifende" Tätigkeit in der Zusammensetzung einer Fachleistungsstunde berücksichtigt seien. Er würde sich eine Überarbeitung des Berechnungsmodells wünschen, dass die Teilnahme an Hilfeplangesprächen in vollem Umfang berücksichtigt.

Herr Wendland-Kantert sieht hier kein grundsätzliches Problem, da an anderer Stelle die Abrechnung der Teilnahme an Hilfeplangesprächen über die Fachleistungsstunde möglich sei. Hinsichtlich der geforderten Überarbeitung gibt er zu bedenken, dass entsprechende Initiativen

und Umsetzungen eher langwierige Prozesse seien. Stattdessen solle versucht werden, ggf. mit Unterstützung des Paritätischen Niedersachsen nach Lösungen vor Ort zu suchen.

#### **TOP 5: Fachgespräch zu "Stand und Perspektiven sozialraumbezogener Ansätze und Finanzierungsformen" am 16.09.2008**

Herr Dickfeld stellt die wesentlichen Gesprächspunkte vor (s. Anlage).

Herr Wendland-Kantert zieht ein positives Fazit des Fachgespräches und kann sich eine Fortführung zu diesem und auch anderen Themen vorstellen.

#### **TOP 6: Kurzbericht aus dem Paritätischen Niedersachsen e. V.**

Frau Eckhardt stellt das von der ARD-Fernsehlotterie geförderte Projekt "Musik-in-Liner" vor, das der Paritätische Niedersachsen in Kooperation mit dem Musikzentrum Hannover durchführt. Sie berichtet, dass der Musikinliner als "rollendes Musikstudio" ab November mit musikpädagogischen Projekten für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Sozialräumen in Nieder-

sachsen zum Einsatz kommen werde und insbesondere auch als Angebot für die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen zu verstehen sei. Sie weist darauf hin, dass der vom KiKa begleitete Busumbau am 24. und 25.10.2008 in der Sendereihe "Platz für Helden" zu sehen sein werde.

**TOP 7: Kurzbericht aus dem Fachausschuss "Jugendhilfe" der LAG/FW und dem Beirat zum Rahmenvertrag nach § 78f SGB VIII**

Herr Dickfeld berichtet über folgende Themen:

- ein Gespräch des Ausschusses "Jugendhilfe" mit Frau Wagner und Frau Lau über Orientierungshilfen des Nds. Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie zur Erstellung einer Leistungsbeschreibung für Hilfen gem. § 35a SGB VIII sowie für die Durchführung von Inobhutnahmen in Regelangeboten, die das Landesamt zukünftig als einheitliche Beratungsgrundlage u. a. im Kontext der Erstellung neuer Leistungsbeschreibungen verwenden will. Herr Dickfeld wird die Orientierungshilfen dem Fachbereich zusenden.
- den Info-Katalog des Nds. Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie mit Auswertungen von ausgewählten gemeldeten Leistungs- und Entgeltaten des Jahres 2007, den er bereits den Mitgliedern des Rahmenvertrages im Paritätischen zur Verfügung gestellt hat.
- Probleme bei der Anerkennung der Erhöhung der Pauschale für Sonderaufwendungen durch einzelne Jugendämter, die mittlerweile aber behoben seien.

**TOP 8: Wahl des SprecherInnen-Gremiums des Fachbereiches "Erziehungshilfe"**

Frau Eckhardt erläutert die Aufgaben des SprecherInnen-Gremiums und übernimmt die Wahlleitung. Sie informiert darüber, dass die Amtsdauer des SprecherInnen-Gremiums in einem Zeitrahmen von mindestens zwei bis max. vier Jahren, die Größe des SprecherInnen-Gremiums sowie die Besetzung des SprecherInnen-Gremiums jeweils durch die Fachbereichsversammlung durch Wahlen zu bestimmen seien.

Als Kandidaten stellen sich folgende Personen vor:

- Herr Ellmer, Kinderhaus Bad Essen e. V.
- Herr Kupper, Albert-Schweitzer-Familienwerk e. V., Uslar.
- Herr Lampe, Remenhof-Stiftung, Braunschweig.

Frau Haake-Schneider sowie Herr Wendland-Kantert stehen nicht für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Da keine Kandidatin gefunden werden konnte, wird sich darauf verständigt, den Fachbereich ggf. über eine Nachwahl entscheiden zu lassen, sollte sich eine weibliche Person für das SprecherInnen-Gremium finden.

Herr Ellmer informiert, dass er seinen Sitz auch zugunsten einer weiblichen Kandidatin abgeben würde.

Die Wahlen haben folgende Ergebnisse jeweils ohne Gegenstimmen und Enthaltungen ergeben:

- Festlegung der Amtsdauer des SprecherInnen-Gremiums auf vier Jahre.
- Festlegung der Größe des SprecherInnen-Gremiums auf drei Personen.
- Wahl der Herren Ellmer, Kupper, Lampe in das SprecherInnen-Gremium.

Die Herren Ellmer, Kupper und Lampe nehmen die Wahl an.

Herr Dickfeld bedankt sich bei Frau Haake-Schneider und Herrn Wendland-Kantert für die gute Zusammenarbeit und spricht den Herren Ellmer, Kupper und Lampe seinen Dank für ihr zukünftiges Engagement im SprecherInnen-Gremium aus.

## TOP 9: **Verschiedenes**

Herr Dickfeld informiert über die folgenden Themen:

- den Entwurf eines Runderlasses des Sozialministeriums zur Festsetzung der monatlichen Barbeiträge im Rahmen von Hilfen nach §§ 34, 35, 35a Abs. 2 Nr. 4 und 41 SGB VIII, der mit Veröffentlichung im Niedersächsischen Ministerialblatt Anfang November in Kraft treten soll.
- Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gesundheit und Verbesserung des Schutzes von Kindern in Niedersachsen, das ein verbindliches Einladungs- und Meldewesen für die Früherkennungsuntersuchungen für Kinder vorsieht.
- die Expertise "Was Kinder brauchen ..." des Paritätischen Gesamtverbandes, mit der die Begründung und Bestimmung eines bedarfsgerechten Existenzminimums für Kinder nach dem Statistikmodell gem. § 28 SGB XII und damit eines bedarfsorientierten Regelsatzes für Kinder/Jugendliche vorgenommen wird.
- die Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes durch den Bundestag am 26.09.2008, mit dem zum 01.08.2013 ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr eingeführt wird.

Auf Nachfrage von Herrn Dickfeld gibt es keine weiteren Anmerkungen unter dem TOP "Verschiedenes". Daher dankt er den Anwesenden für ihre Teilnahme und wünscht ihnen eine gute Heimreise.

Mit einem nochmaligen Dank für die langjährige, gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Fachbereich "Erziehungshilfe" schließt Herr Wendland-Kantert die Sitzung.

Der Termin für die nächste Fachbereichsversammlung im Frühjahr 2009 wird gesondert mitgeteilt.

Die Sitzung endet um 15:00 Uhr.

Für das Protokoll

Hannover, 09.10.2008

Sven Dickfeld  
Fachberater

gez. Cornelia Haake-Schneider  
AfW Hannover e. V.

gez. Joachim Wendland-Kantert  
VSE e. V., Celle

**Anlage**